

## Presseinformation

Nr. 462 / 2014

Kiel, Dienstag, 18. November 2014

Landesregierung / Ministerpräsident

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Hoffentlich wird das schlechte Maut-Beispiel Österreich nicht zum Vorbild für Albig

Zur Reise von Ministerpräsident Albig nach Wien und Bratislava erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Solche Reisen können dabei helfen, Wirtschaftskontakte zu knüpfen und zu intensivieren und den Standort Schleswig-Holstein über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannter zu machen. Wir gehen davon aus, dass der Ministerpräsident diese Chancen auch ernsthaft zu ergreifen versucht und wünschen ihm bei dieser Reise im Interesse unseres Bundeslandes viel Erfolg.

Dass sich Herr Albig nun allerdings in Wien erklären lassen will, wie das österreichische Mautmodell funktioniert, verwundert mich doch sehr. Mir ist zwar bekannt, dass Herr Albig die dringend benötigten zusätzlichen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur leider von den Nutzern und nicht aus dem allgemeinen Haushalt nehmen will, aber dieser Programmpunkt ist für mich nicht nachvollziehbar.

Das österreichische Vignetten-Modell war ja bis vor Kurzem das Vorbild für Dobrindts ‚PKW-Maut für Ausländer‘, die Herr Albig bei der Verabschiedung des schwarz-roten Koalitionsvertrages zwar mitgetragen, aber bislang öffentlich immer abgelehnt hatte. Warum sich Herr Albig nun dieses Modell, das mittlerweile von der Bundesregierung in dieser Form nicht mehr weiter verfolgt wird, genauer ansehen will, versteht er wohl nicht einmal selbst. Ich hoffe sehr, dass das österreichische Beispiel beim Thema PKW-Maut für Herrn Albig nicht wie bei Herrn Dobrindt zum Vorbild wird. Auf neue Vorschläge des Ministerpräsidenten zur Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur wartet wirklich niemand. Er sollte sich stattdessen lieber Gedanken darüber machen, wie in den öffentlichen Haushalten zugunsten der Verkehrsinfrastruktur umgeschichtet werden kann. Die Nutzer zahlen bereits heute ein Vielfaches von dem, was sie an Kosten verursachen. Das sollte Herr Albig endlich einsehen.“